

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 3 Mark, Reklame 9 Mark, für Verjammlungsanzeigen 50 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Dem Verbandstage zum Geleit!

Zwei Jahre sind noch nicht voll verflissen, seitdem sich zum letzten Male die höchste Instanz unseres Verbandes, die Generalversammlung, im Juni 1920 im schönen Fulda zusammengefunden hatte. Mit der grundlegenden Umdenkung unseres Verbandesgesetzbuches, namentlich in der Frage der Leistungen und Unterstüzungen, die man damals vorgenommen hatte, glaubte man auf lange Sicht hinaus auskommen zu können. Diese Auffassung hat sich nun leider als falsch erwiesen. Die Schuld daran tragen die wirtschaftlichen Verhältnisse, die in den letzten zwei Jahren in Deutschland eine vollständige Umwälzung erfahren haben. Der Prozeß der Geldentwertung hat in riesenhaftem Ausmaße Fortschritte gemacht, so daß wir heute bald da stehen, wo noch vor zwei Jahren Deutsch-Oesterreich, das vielbedauerte und immer wieder als Beispiel für ungeahnte Geldentwertung herangezogene, unglückliche, kammberwandte Nachbarland, sich befand. Diese Vorgänge, die in ihrem Ende heute noch gar nicht abzusehen sind, haben nicht bloß den Einzelnen in seiner Wirtschaftskraft schwer geschädigt und eingeschränkt, sondern auch alle großen Vereine, Körperschaften, kurz alle Organisationen, in denen sich die Einzelnen zur Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen zusammenschlossen, mehr oder weniger in Mitleidenschaft gezogen.

Das gilt insbesondere für die Gewerkschaften, die zur Durchführung ihrer Aufgaben eines großen Kampffonds bedürfen, dessen bloße Existenz oftmals schon genügt, um schwere Kämpfe zu verhüten. Die Jauer genug von den einzelnen Mitgliedern in langen Jahren aufgebracht und zurückgelegten Beiträge zerfließen bei dieser Geldentwertung geradezu in ein Nichts, ein Umstand, der die innere Kraft der Gewerkschaften in hohem Grade zu schwächen droht. Denn was bedeutet heute bei den gestiegenen Unterstüzungsätzen und Ausgaben ein Verbandsvermögen, das auf den Kopf des einzelnen Mitgliedes etwa 113,- # ausmacht?

Hieraus ergibt sich für jeden überzeugten Gewerkschaftler die Aufgabe, unter allen Umständen einem solchen Zustand ein baldiges Ende zu bereiten! Die Hauptaufgabe unserer Delegierten, die am Sonntag sich in der alten Gewerkschafts-feste Dortmund zusammenfinden, wird es sein, die finanzielle Grundlage unseres Verbandes auf eine sichere, die Geldentwertung überdauernde und überwindende Basis zu stellen, die dem Verbands-seine alte so oft erprobte Schlagkraft zu bewahren geeignet ist.

Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit ist ja bereits in den weitesten Kollegentreisen lebendig. Das bezeugen zur Genüge die Anträge, die aus allen Ecken des Reiches an die General-versammlung gestellt sind; den alten Bauarbeitergrundsatz, einen Stundenlohn als Wochenbeitrag zu zahlen, wieder zu Ehren zu bringen! Diejenigen Kollegen aber, die bisher noch einen anderen Standpunkt hierzu einnahmen, dürften wohl zum größten Teile durch das Warnungssignal anderer Meinung geworden sein, das wir jetzt gerade aus dem Westen erhielten. Die große Aussperrung im Ruhrgebiet, deren uns günstige Beendigung wir gerade mit Befriedigung feststellen können, hat auch dem größten Optimisten den Ernst der Lage deutlich vor Augen geführt. Und so naiv wird heute kein Bauarbeiter mehr

sein, anzunehmen, daß die Zahl der Kämpfe sich in absehbarer Zeit etwa vermindern würde. Die Macht und der Uebermut der Arbeitgeber-Organisationen, die dank der großen Gewinne ihrer Mitglieder heutzutage im Gelde schwimmen, ist größer denn je. Den besten Gefallen aber täten wir diesen Herren damit, daß wir unsere Gewerkschaften in finanzieller Beziehung vernachlässigten.

Die Delegierten der Generalversammlung als die Führer und Vertrauensmänner unserer gesamten Kollegenschaft kennen diese Dinge zur Genüge. Sie werden dementsprechend handeln, und an uns soll und muß es liegen, dem Rufe, der von Dortmund aus an uns ergehen wird, freudig und opferbereit nachzukommen!

Neben der Regelung dieses den Bestand und die Geltung unseres Verbandes tief berührenden Frage wartet unserer Delegierten eine Fülle von hochbedeutenden Aufgaben. Vor allem ist es die Beratung und Beschlußfassung über den Reichstarifvertragsentwurf, der den Kollegen ja bereits vorgelegt und zu dem wohl überall Stellung genommen wurde. Wenn er uns auch in vielen Fragen bei weitem nicht die Erfüllung unserer berechtigten Wünsche und Forderungen bringt, so bedeutet er doch in wesentlichen Punkten eine Verbesserung unserer bisherigen Situation. Ein derartiger Vertrag ist immer ein Kompromiß, bei dem jede der Vertragsparteien ihre Forderungen, ohne Rücksicht auf die Gegenseite, durchdrücken will, keine Partei wird deshalb restlos befriedigt sein. An eines müssen wir jedenfalls denken: mögen die Vorteile, die wir erringen, auch noch so klein sein, sie bieten wieder eine neue Grundlage zu weiteren Verbesserungen. Denn was wir einmal errungen haben, kann und darf keine Macht der Erde uns wieder entreißen!

Einen weiteren Hauptpunkt der beginnenden Beratungen wird die Jugendfrage bilden. Hier gilt es Arbeit auf lange Sicht hin zu leisten! In dieser Hinsicht hat der Dortmunder Verbandstag einer Pflicht genüge zu leisten, deren Erfüllung ihn zu einem Meilenstein in der inneren Geschichte unseres Verbandes für alle Zeiten stampeln wird! Was unser Verband braucht, um seine Existenz für die Zukunft zu befestigen, das ist eine Jugendbewegung, die, soweit sie heute schon vorhanden ist, planvoll gefördert, soweit sie noch fehlt, baldigst geschaffen werden muß. Mit Vertrauen blicken die Kollegen hin auf ihre Delegierten und erwarten insbesondere in dieser Hinsicht ein erspriechliches Ergebnis der Verhandlungen!

Mit Recht ist an den Abschluß der General-versammlung die Erörterung des Themas gestellt worden: „Der Berufsgedanke in seiner Bedeutung für Gewerkschaft und Volkswirtschaft“. Nach Erledigung all der geschäftlichen und technischen Fragen soll dieses Referat und die Aussprache darüber insbesondere der grundsätzlichen und ideellen Seite unserer Bewegung gewidmet sein.

Als ein leuchtendes Fanal soll unser Verbandstag hier die Leitsterne und Orientierungspunkte uns weisen, die in den kommenden Monaten und Jahren unserer Arbeit vorleuchten sollen. Gerade in der Gegenwart haben wir das ja so bitter not! Das deutsche Volk liegt zermürbt und in seinen breiten Schichten verelendet am Boden, bestimmt zum Sklaven des internationalen Kapitalismus! In die Herzen vieler

Vollgenossen scheint allgemach Mutlosigkeit einzuzutreten, dieweil es auch gar nicht besser werden will. Ja Millionen von Deutschen sind geradezu von Verzweiflung gepackt, die ihre ganze Hoffnung nur noch auf die Günstigkeit des Bolschewismus setzen zu können glauben.

Demgegenüber gilt es, wieder ein klein wenig Vertrauen zu schaffen, ein Stückchen Hoffnung wieder in die Herzen der Menschen zu senken und insbesondere auch dem Arbeitsmann, der Tag für Tag in schwerster Arbeit am Bau steht, und der trotzdem das Elend seiner Familie höher und höher ansteigen sieht, wieder Mut zu machen zu weiterem getreuen Ausstehen! Unsere Hoffnungen auf eine Besserung der Verhältnisse von außen her sind nur sehr gering, desto mehr haben wir in unserem Innern wieder ein wenig befreit und beruhigt. Und das sind insbesondere die großen und hehren Ideen des Christentums. Seine Auffassung von der Arbeit, vom Beruf gilt es wieder in den Vordergrund zu stellen, die uns die Arbeit nicht mehr als Plage und Uebel, sondern als eine stiftliche Pflicht empfinden lehrt, und den Beruf als die Ausfüllung und Erfüllung unseres Lebenswerkes, das — so unbedeutend es auch erscheinen mag — immer für das große Ganze ein notwendiges Seilglied darstellt.

Die tiefgreifende innere Umwandlung, in der gegenwärtig die Welt und die Menschheit begriffen ist, darf an uns nicht spurlos vorbeiziehen. Wie nie zuvor sind die wirtschaftlichen Grundlagen und Auffassungen ins Wanken geraten. Wir stehen auch hier vor großen und weittragenden Umbildungen. Die Note, unter denen heute die Welt leidet, tragen dazu bei, die Erkenntnis über die tieferen Gründe und Ursachen zu beschleunigen. Kapitalismus und Imperialismus haben die Beziehungen der Menschen zueinander, der eine im kleinen, der andere im großen vergiftet. Das beginnt heute die Menschheit ganz allmählich einzusehen. Der große Gedanke der Völkerverständigung ist trotz oder gerade wegen des vielen, das ihm in der Gegenwart noch widerspricht, im Wachen begriffen.

Der Mensch soll und darf nicht mehr als Objekt, als Ausbeutungsgeschehen der Wirtschaft gelten. Er muß in ihrem Rahmen die Stellung erhalten, die ihm, dem Herrn und der Krone der Schöpfung zukommt, dem die Erde mit all ihren Schätzen untertan sein soll. Und Nächstenliebe und Gerechtigkeit sollen die höchsten Normen sein, die das wirtschaftliche Leben der Menschen lenken. Das ist die Idee der christlichen Gemeinwirtschaft, des christlichen Sozialismus, von deren Richtigkeit und endlichem Siege heute schon Millionen von Menschen erfüllt sind.

In einer Zeit solch tiefer Vöhrung und Um-bildung nimmt unsere Dortmunder General-versammlung ihre Tätigkeit auf. Wir erwarten und erhoffen von ihr, daß sie uns neue Wege weisen wird, daß sie jene große Ideen und Ideale uns als Wegweiser aufstellt, welche die christliche Bau- arbeiter-schaft wieder mit neuem Glauben und Vertrauen auf den Endsieg an die Arbeit gehen läßt.

In diesem Sinne wünschen wir der Dort-munder Generalversammlung Heil und Segen!

Willkommen in Dortmund!

Nach Dortmund, der bedeutendsten Stadt Westfalens, eilen in diesen Tagen unsere Delegierten aus allen deutschen Gauen. Zu ernster Arbeit treten sie hier zusammen. Die christlichen Bauarbeiter in Dortmund begrüßen die Delegierten des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter im Lande der roten Erde, in der alten Hanfsstadt Tremonia aufs herzlichste.

Rechtliche Arbeit werden die Kollegen auf dem Verbandstage vorfinden. Es heißt den veränderten Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen, es gilt zu untersuchen, wie man auf Grund der veränderten Situation die Aufgaben des Verbandes am zweckmäßigsten fördert, damit auch für die Zukunft ein kräftiges Wachstum unseres christlichen Bauarbeiterverbandes gesichert ist! — Von Interesse für die Kollegen dürfte auch einiges aus der Geschichte des diesmaligen Tagungsortes unserer Generalversammlung sein.

Die Chronik der Stadt Dortmund führt bis in das Jahr 899 zurück. Wenn auch in den ersten 100 Jahren ihrer Entwicklung die Stadt nach außen hin wenig oder gar nicht in die Erscheinung trat, so ändert sich das gleich zu Anfang des 11. Jahrhunderts, nachdem Kaiser Heinrich II. 1005 eine Synode und 1016 gar einen Reichstag nach Dortmund zusammen berief. Die Bürger und Handelsleute der Stadt genossen große Privilegien und hatten Zollfreiheit im ganzen Lande. Daraus entwickelte sich allmählich die Reichsfreiheit der Stadt, die als starke Festung allen Gelüsten kühner Eroberer siegreich standzuhalten wußte. Einer Belagerung durch den Erzbischof Engelbert von Köln und den Grafen Engelbert von der Mark leistete die Stadt 21 Monate hindurch hartnäckigen Widerstand. Die Belagerer mußten unverrichteter Sache wieder abziehen, aber die Stadt stand doch im Jahre 1399 vor dem finanziellen Bankrott. Als sie sich mühsam wieder zu heben begonnen hatte, kamen die Greuel des 30jährigen Krieges, währenddessen der Wohlstand der Stadt wieder sank. Nach dem westfälischen Frieden zählte Dortmund kaum 3000 Einwohner. Im Jahre 1806 wurde Dortmund von den Franzosen besetzt, unter den kriegerischen Unruhen der damaligen Zeit war in der Entwicklung der Städte allenthalben ein Stillstand eingetreten, der sich auch hier bemerkbar machte.

Als im Jahre 1815 die Stadt mit der ganzen Provinz Westfalen dem preussischen Staat einverleibt wurde, zählte sie erst 5000 Einwohner. Dann aber folgten unter der Herrschaft der Hohenzollern vier Jahrzehnte langsame jedoch stetiger Entwicklung, besonders auf industriellem Gebiete. Nach dem Kriege 1870—71 kam ein mächtiger Aufschwung der Industrie, der für die Stadt eine rapide Entwicklung mit sich brachte. Im Jahre 1850 zählte die Stadt erst 11 216 Einwohner, im Jahre 1900 bereits 142 783 und heute sind es über 300 000. Diese Ziffern geben Zeugnis von der Entwicklung Dortmunds.

Dortmund ist Fabrikstadt. Innerhalb des Stadtgebietes befinden sich die großen Eisen- und Stahlwerke Höplich und Union, außerdem noch eine große Anzahl kleinerer und mittlerer Fabriken. Dortmund ist die typische Stadt des Bergbaues, ist doch die Stadt selbst durch die Tätigkeit des Bergmannes unterwühlt und in einzelnen Teilen durch Bodensenkungen gefährdet. Wo die Industrie sich in solchem Umfange vorfindet, ist selbstverständlich das Baugewerbe vollauf beschäftigt. Tausende fremder Bauarbeiter finden hier Jahr für Jahr ihre lohnende Beschäftigung.

Nicht unerwähnt bleiben mag auch die Bedeutung Dortmunds als Bierstadt. In dieser Hinsicht räumt sie in Norddeutschland den ersten Rang ein. Die Güte des Bieres werden unsere Delegierten selbst feststellen können. Beachtenswert ist auch die Hofanlage mit einem bei Henrichsburg gelegenen großartigen Schlosspark.

Von Dortmunds Vergangenheit zeugen einige Denkmäler, so das alte Rathaus aus dem Jahre 1332, das älteste Deutschlands, sowie die Propst- und die Reinoldikirche.

Senden wir uns wieder der Arbeiterbewegung zu. Die christl. Gewerkschaftsbewegung hat sich in Dortmund, wie im ganzen Industriegebiet riesige Bahn gebrochen. Der Boden war bei der Gründung sehr feucht. Welche Opfer und Arbeit es gekostet hat, unserer Bewegung hier Geltung zu verschaffen, weiß nur der, der hier mit an der Wiege unserer Bewegung gestanden hat. Bei dieser Betrachtung können wir als Bauarbeiter zwei Namen nicht unerwähnt lassen. Josef von Cöln und Wilhelm von Barghartz. Mit erpfaunlicher Ausdauer und Opferwilligkeit verrichteten sie die Agitations- und Anstärkungsarbeit.

Ihre Arbeit und ihre Kühnheit sind nicht umsonst gewesen. Die Verwaltungskreise Dortmund des Zentralverbandes christl. Bauarbeiter war schon vor dem Kriege die zweitgrößte Verwaltungskreise des Verbandes. Diese Stelle werden wir uns auch in der Zukunft nicht streitig machen lassen. Ähnlich wie

die Bauarbeiter haben auch die übrigen christlichen Berufsverbände sich hier entwickelt. Das Bezirkskartell der christl. Gewerkschaften Dortmund-Görde zählt heute 30 000 Mitglieder. Im Deutschen Gewerkschaftsbund sind heute 42 000 Mitglieder zusammengeschlossen. Diese 42 000 christl. gesinnte Männer und Frauen entbieten unseren Delegierten ein herzlich Willkommen. Ehre westfälische Gastfreundschaft, westfälische Treue sollen unsere Delegierten in Dortmund finden! Möge der 12. Verbandstag ein Markstein in der Geschichte unseres christlichen Bauarbeiterverbandes werden!

Zu diesem Sinne rufen wir nochmals den Delegierten zu:

Willkommen in Dortmund!

Der Münchener „Arbeiter“ und die „sozialisierten“ Baubetriebe

Das Organ der süddeutschen katholischen Arbeitervereine, „Der Arbeiter“ in München, bringt in Nr. 16 vom 20. April einen Artikel von M. Sch. über die sozialisierten Baubetriebe, der unseren schärfsten Widerspruch herausfordert. In durchaus einseitiger und demagogischer Weise wird hierin gegen die „produktionsgenossenschaftlichen Experimente“ im Baugewerbe Stellung genommen, genau so wie das Wochenschriftchen in den Arbeitgeberblättern geschieht. Wir zweifeln auch keinen Augenblick daran, daß der Verfasser des Artikels, der sich schamhaft hinter den Buchstaben M. Sch. verbirgt, selbst ein Bauunternehmer ist oder aber einem solchen mehr als nahe steht, dafür spricht der ganze haßerfüllte Stil, der, wie man deutlich erkennt, an einzelnen Stellen nur deshalb abgemildert wurde, um so dieses Elaborat wenigstens dem Tone nach objektiv erscheinen zu lassen.

In ganz plumper Weise wird darin versucht, die von uns gegründeten Bauproduktionsgenossenschaften gegen die sozialisierten Baubetriebe auszuspielen. Unsere Gründungen wären nur aus dem einen Grunde vorgenommen worden, damit Konkurrenzunternehmen gegenüber den sozialistischen Betrieben zu schaffen, um so unsere Mitglieder vor dem sozialistischen Terror zu schützen! Eine Lächerlichkeit, die nichts als die absolute Unkenntnis des Herrn M. Sch. über unsere Bauproduktionsgenossenschaftsbewegung beweist! Dazu das Durcheinander der Begriffe über „Sozialisierung des Baugewerbes“, vor der eingangs die Leser gewarnt werden, während es zum Schluß heißt, Sozialisierung wäre nur ein Schlagwort, in Wirklichkeit wäre die neue Organisation eine „kapitalistische Produktionsgenossenschaft“. Herr M. Sch. hat wahrscheinlich nicht gewußt, welchen Sinn er mit dieser Wortverbindung, auf deren Erfindung er am Ende sogar noch stolz ist, zustande gebracht hat. Wir haben an der Aufklärung eines solchen „Schwunns“ nicht das geringste Interesse, deshalb sparen wir uns lieber jedes Wort!

Es erscheint uns wirklich als ein starkes Stück, derartiges Zeug in einem Arbeiterblatt zu bringen. Uns scheinen die mit Arbeitergroßen bezahlten Blätter der Arbeitervereine doch längst zu schade, daß darin jeder Unternehmer seinen Dreck abladen und den wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterkassen in den Rücken fallen kann. Die Redakteure solcher Blätter mögen sich derartige Artikel vor der Aufnahme gefälligst etwas genauer ansehen!

Die Arbeitgeberpreise fällt über diesen Artikel natürlich sofort triumphierend her, denn das ist ja einmal ein fetter Braten, ein Arbeiterblatt, das endlich auch in ihr Horn pößt. „Die Erkenntnis in der Arbeiterkassen ist auf dem Marsch!“ Wir schlagen dem Redakteur des „Arbeiter“ vor, die „Zeitung für Arbeiter und Westfalen“ Nr. 18 zu studieren, die bringt den Artikel des Herrn M. Sch. freudentrollend als Leitartikel!

Hier gehört unter allen Umständen einmal ein energisches Wort gesprochen. Wir verbitten uns unter allen Umständen, uns seitens der Arbeitervereinspreise mit derartigen Artikeln in den Rücken zu fallen. Es ist eine Annäherung sondergleichen, wenn der Artikelschreiber sich getriert, als ob er die Interessen der christlichen Bauarbeiter gegenüber den sozialisierten Baubetrieben zu wahren hätte. Das sind Dinge, deren Verteilung die Arbeitervereinspreise getroffen uns überlassen kann. — Unseren süddeutschen Kollegen aber, die in erheblicher Anzahl Mitglieder der dortigen Arbeitervereine sind, sei in dringlicher Form die Aufforderung übermitteln, sich eine Wiederholung derartigen Vorkommnisse in schärfster Form zu verbitten und zu verhindern, daß die Arbeitgeber unsere wirtschaftlichen Interessen in unserer eigenen Presse herunterreißen und in der Öffentlichkeit zum Spott machen!

Arbeiter und Pachtchub

Von Josef Peters, Lingen.

Im von Tag zu Tag schwerer werdenden Existenzkampf ist ein Stück Land ein wertvolles Gut. Eigenbesitz wird wohl den wenigsten Leuten bechieden sein; sie sind auf Pacht angewiesen. Seit dem Kriege wird leider manchem das Pachtland genommen sein oder — er wird

Pachtpreise anlegen müssen, die nicht dem Interesse des Pächters entsprechen. Es sind zwar meist geachtete Leute, die den Verkehr mit Pachgrundstücken regeln sollen; sie kleingarten- und kleinlandwirtschaftlich und die Pachtchubordnung.

Die Kleinrentenordnung bestimmt, daß Grundstücke bis 600 qm nur dann gekündigt werden können, wenn sehr schwerwiegende Gründe für den Verpächter das als nötig erscheinen lassen. Sie dürfen nicht überbestimmt genutzt und müssen einzuiges Land des Verpächters sein. Für solche Grundstücke können Pachtpachtpreise festgesetzt werden, ein Recht, von dem in den meisten Städten, selten aber auf dem Lande Gebrauch gemacht ist. Dann gibt sie unter bestimmten Voraussetzungen jedem das Recht, Pachtland bis zu 600 qm zu fordern, wenn der Kommunalverband solches beschaffen kann. Dem Kommunalverband steht das Recht der Zwangspacht zu.

Die Pachtchubordnung bestimmt,

1. daß Verträge über Pachtgrundstücke bis 2/3 ha bei Ablauf auf Antrag durch die Pachtvereinigungsämter um 2 Jahre verlängert,
2. daß Kündigungen untierksam gemacht und
3. Leistungen nicht geregelt werden können. Voraussetzung bei Ausübung zu 1 und 2 ist, daß das Verhalten des Verpächters eine „offenbar schwere Unbilligkeit“ darstellt oder daß der Pächter in eine „wirtschaftliche Notlage“ gerät, bei 3, daß Pachtwucher vorliegt oder sonst sich das Verhalten des einen Teils als offenbar schwere Unbilligkeit darstellt.

Beide Gesetze haben nicht ausgereicht, um den Pächtern ihr Pachtland zu erhalten und offenbaren Pachtwucher zu verhindern. Der größte Mangel des ersten Gesetzes ist, daß die Größengrenze viel zu eng gezogen ist, der des zweiten, daß die geforderten Voraussetzungen zu schwer nachzuweisen sind. In preussischen Landtage haben dessen Ausschüsse mehrfach eine Erhöhung der Größengrenze auf 1/2 resp. 3/4 Morgen gefordert, der Amtschimmel und der preussische Geheimrat pfeifen aber auf den Willen des Parlaments. Die Reichspachtchubordnung erreicht am 30. Mai d. J. ihr Ende. An ihre Stelle tritt eine neue.

Es ist nun etwas unverständlich, daß in den Kreisen der Arbeiter, Handwerker und unteren Beamten sich wenig Interesse für dies in doppelter Beziehung sehr wichtige Gesetz zeigt. Es hat sich doch erwiesen, daß mit der Pachtchubordnung in ihrer bisherigen Form für diese Berufe nichts anzufangen war.

War ein Stück Ackerland, eine Wiese gekündigt, so hieß es fast stets: „Eine wirtschaftliche Notlage tritt nicht ein. Der Staat muß seinen Beamten soviel zahlen, daß sie davon leben können. Du, Arbeiter, verdienst soviel Geld, daß du damit gut auskommen kannst.“ Sie waren ihr Land los. Dabei verdienten beide gerade soviel, um die wichtigsten Bedürfnisse an Nahrung und Kleidung mangelhaft befriedigen zu können. Das Land war für beide ein erheblicher Gewinn und eine edle Freude. Ein Gewinn deshalb, weil nur Pacht als Bezahlungskosten abgingen, der Dinger aber wurde im eigenen Stall erzeugt. Die Arbeit wurde in den Freistunden gemacht, die ganze Familie beteiligte sich daran und — Wirtschaft und Kleintopp waren vergessen. Eine Fiege, ein paar Hühner konnten gehalten und dadurch die Lebenshaltung der Familie bedeutend gehoben werden. Der Pachtwucher trifft gerade diese Leute am schärfsten. So werden z. B. in der Umgegend von Hannover Pachtpreise für Kleinland (Parzellenpachten) bis 2000 M pro Morgen von Arbeitern, Handwerkern usw. bezahlt, während die landwirtschaftlichen Pächter höchstens 300 M zahlen. Gerade mit den Pfarr-, Schul- und Kirchenländereien wird größter Pachtwucher getrieben. Oft fordert man noch dazu Lebensmittel (Weizen, Kartoffeln, Eier, Milch, Butter) als Pacht; dabei haben die Pächter nur für sich ein geringes zur Deckung des eigenen Bedarfs.

Landwirtschaftliche Pächter wehren sich durch ihre Organisationen mit Erfolg gegen Kündigung und Pachtwucher. Das ist zu begrüßen, da sonst durch exzessive Wirtschaft noch weniger Lebensmittel erzeugt würden, durch Pachtwucher aber automatisch die Lebensmittelpreise steigen müssen.

Die Pächterverbände haben zur neuen Pachtchubordnung zwei grundlegende Forderungen erhoben:

1. Pachtland unter 10 ha darf dem Pächter nur genommen werden, wenn sonst der Verpächter in eine wirtschaftliche Notlage gerät oder sonst ein dringendes volkswirtschaftliches Interesse dazu zwingt.
2. Der Pachtpreis ist eine Verzinsung des versteuerten Ertragswertes.

Ersteres ist eine soziale Notwendigkeit und eine Konsequenz des Reichsbedeckungsgesetzes, letzteres ein Akt der Gerechtigkeit. Die Folge sind sofort gesunde Pachtpreise und — das ist wohl noch wichtiger — eine vollkommene christliche Besteuerung der landwirtschaftlichen Einkommen. Wie uns kein Pfennig Einkommensteuer zu hinterziehen

...so wäre das auch mit einem Schlage in der ...

An den Organisationen der Arbeiter, Handwerker ...

Videant consules!

Allgemeines

Erlassung von Bauhandwerkern aus den Eisenbahnbetrieben. In einem Erlass vom 2. Februar d. J. ...

Dieser Erlass des Ministers zeigt der Öffentlichkeit ...

300% Dividende! Wir entnehmen dem Handelsteil ...

Es kommt im deutschen Aktienwesen sehr häufig vor ...

Würde dies nämlich geschehen, so würde sich unter ...

Ein ganz besonders markanter Fall, in dem sich ...

Wir erlauben uns an diese niedliche Notiz nur die ...

Das wahre Gesicht der Maifeier. Von mehrheits- ...

Am 13. Mai 1922 ist der zwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.

redungskünfte angeboten, um die Maifeier als eine soz- ...

„Eine solche jämmerliche Auffassung wird sich die ...

Die christliche Arbeiterschaft weiß nun wenigstens ...

Ja Bauer, das ist etwas anderes! In Dresden ...

Wirtschaftliche Bewegung

Schiedspruch für das rheinisch-westfälische Industriegebiet

Der zur Schlichtung der Lohnstreitigkeiten im Bau- ...

1. Die seit dem 6. März 1922 geltenden Stundenlöhne ...

2. Alle Kampfmaßnahmen sind unverzüglich, spä- ...

3. Vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit werden ...

1. Die Löhne der übrigen im Lohn- und Arbeitsver- ...

2. Die Lohnsätze unter 3 gelten bis zum 5. Juni 1922 ...

ges. Dr. Diez, Dr. Grundmann, Dr. Schöne, Ziegler, ...

Sie uns soeben mitgeteilt wird, wurde vorstehender ...

Bezirk Frankfurt a. M.

Kassel. Sonnabend, den 22. April, fanden in Frank- ...

Dementsprechend fanden am 26. April in Kassel er- ...

lung, die zwischen der Arbeitergewerkschaft als Ver- ...

Bezirk München

Nachdem die Lohnverhandlungen für das bayerische ...

Schiedspruch

Mit Wirkung ab 5. Mai 1922 erhöhen sich die Stunden- ...

bei einem Stundenlohn von 18 M und mehr um 3,50 M. ...

Der Facharbeiterlohn für München und Nürnberg ist ...

Dieses Lohnabkommen gilt bis 1. Juni 1922. ...

Die Durchführung unserer Bestimmungen für Ausgleich ...

Verbandsnachrichten

Sten-Vorbed. Am 25. März hielten wir unsere ...

Aus Gewerbegericht wurden 112 Klagen mit Erfolg ...

Johann Ott als 2. Kassierer, als Schriftführer die Kollegen Josef Bey und Cornelius Weritz, als Beisitzer Johann Wämmer, Entung und Etolf. Als Delegierte zur Verwaltungsstelle Eifen wurden die Kollegen Eifenlof, Waagenbach und Brodrick, als Parteilegitime W. H. Waagenbach, W. H. J. J. Karl Seibel, Otto Johann, als Kontrollanten Josef Thomas und Cornelius Weritz gewählt. Die Kollegen nahmen die Wahl an und gaben das Versprechen, in Zukunft ihre ganze Kraft in der Tätigkeit der Organisation zu stellen. Nachdem in Punkt 17 des Beschlusses noch einiges erledigt war, schloß Kollege Matten mit einem kräftigen Schlusswort die Versammlung.

Zusatz. Am 9. April fand unsere Generalversammlung statt, die auch von den auswärtigen Ortsgruppen gut besucht war. Den Geschäftsbericht erstattete der Kollege Etolf. Der Tätigkeitsbericht ließ erkennen, daß im vergangenen Jahre eine äußerst rege Tätigkeit entfaltet wurde. Die Bautätigkeit, die zu Anfang des Jahres schlecht stand, besserte sich in der zweiten Hälfte und konnte zuletzt als gut bezeichnet werden. Die durch die Deckerungsverhältnisse bedingten Lohnerhöhungen erforderten in dem verzweigten Verwaltungsstellengebiet mit meist ländlichen Verhältnissen eine gewaltige Arbeit, konnten aber überall durchgeführt werden. Der Schlichtungsansatz mußte in zwei Fällen angereuert werden. Der Erfolg im Rechtsstreit betrug im Geschäftsjahr 1914/17 1/2 M. Es handelt sich um die Beträge, die beim Abschluß des Verfahrens gemeldet wurden. Würden alle Rechtsstreitigkeiten die nachgezählten Summen melden, wäre die Endsumme bedeutend höher. Der Lohn stieg in der dritten Lohngruppe von 5,50 auf 11,20 M für Facharbeiter und von 3,25 auf 10,70 M für Hilfsarbeiter, in den Lohngruppen 4 u. 5 von 4,25 M auf 10 M für Facharbeiter und von 3,90 auf 9,50 M für Hilfsarbeiter. Hierbei ist zu bemerken, daß es noch sehr viele Kollegen gibt, die Nummern der Tarifverträge nicht kennen, aber nicht gerne Beiträge zahlen. Es muß hier unbedingt von den alten Nummern unseres Verbandes nachgeholfen werden, damit die Löhne aufgestellt und zu operativen Gewerkschaftlern erhoben werden. Aus dem Kassendbericht ist zu entnehmen, daß die Beitragsleistung nicht immer mit der Lohnerhöhung Schritt gehalten hat. Darum hat die Generalversammlung einstimmig beschlossen, von jetzt ab einen Stundenlohn als Beitrag zu erheben, was hiermit bekanntgegeben wird. Eine Organisation kann nur dann leistungsfähig sein, wenn alle Mitglieder Opferfreudigkeit bekunden. Nun gilt es für alle Mitglieder, insbesondere für die Bau-Delegierten und Vertrauensmänner, den Beschluß der Verwaltungsstelle - Generalversammlung überall durchzuführen. Der jetzige Vorstand wurde mit einigen Ergänzungen wiedergewählt.

Schlußwort. Am 18. April fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. So lege ich hier den Kassendbericht. Darauf wurde zur Vorstandsarbeit gewählt: 1. Vorsitzender Kollege Jos. Biering (Himmelfahrt), 2. Vorsitzender Kollege Leo Henrich (Maurer), 1. Kassierer Kollege Jos. Köhler (Maurer), 2. Kassierer Kollege Hans Giding (Kleber), 1. Schriftführer Kollege Jos. Böhm (Zimmerer), 2. Schriftführer Kollege August Woidow (Kleber), Kassierenrevisoren bzw. Stellvertreter Kollege Hans Biering (Arbeiter), Kollege Jos. Freier (Maurerputzer), Kollege Johann Jurek (Arbeiter), Kollege Bruno Kuntz (Maurer). Der Lohn betrug bis 27. April 1922 11,50 M für Maurer, 13,50 M für Arbeiter, 13,75 M für Lehren, 13,50 M für Sägemaschinen. Es wurde beschloffen, von jedem Mitglied 1,50 M vierteljährlich für Kassenbeiträge zu erheben und am 28. Mai am Tage des schriftl. Landarbeiterverbandes teilzunehmen.

Schluss. (Dr. Schlichter). In den sozial. Kämpfen unserer Gegenwart, wie auch im „Grundriss“, fand ich ein Mittel über die Agitation der christlichen Gewerkschaften in Bayern. Man nimmt es dem dortigen Parteiführer über, daß er den Sozialisten nicht ohne die Vertretung der Arbeiterinteressen überläßt. Ähnlich wie man die Frage auf, wo der Arbeiter stehen soll, als es sich um die Erhaltung der Sonnenzeit handelt. Die Arbeiterzeitung von Bayern und Umgebung weiß aber in dieser Frage besser Bescheid als der Herr Sekretär vom sozialdemokratischen Bauarbeiterverband. Sie weiß, daß der Arbeiter von Bayern als erster und in unangenehmster Weise sich für die Erhaltung und Wiederherstellung der Regeln einsetzt; hat. Das wird sich natürlich die sozialistische Presse abschreiben. Gegen diese Entfaltung der Parteienprojekte die Arbeiterzeitung von Bayern und Umgebung. Entwürfe aber weiß ich, warum die höchsten Angriffe auf die katholische Gewerkschaften gerade die in dem Artikel enthalten sind. Man sieht eben auch in diesem Falle wieder, wie ernst die sozialdemokratische Presse und die freien Gewerkschaften sind, wenn es gilt, gegen die Kirche zu gehen und die Geschlossenheit in der Stimmung des Parteibereiches. Essentiell gehen beide auch dem letzten Grundsatz der Arbeiter die Augen an, denn es geht, was der freie Verband unter religiöser Neutralität versteht. Für die christlichen Arbeiter von Bayern und Weidert aber gibt es nur eine Partei: hinein in die christlichen Gewerkschaften! Hier werden ihre wirtschaftlichen Interessen in bester Weise vertreten, ohne daß gleichzeitig ihre höchsten geistigen Güter, ihr Glaube und ihre Kirche angegriffen und verunruhigt werden.

Die Freiheit der freien Gewerkschaften in Theorie und Praxis. Bekanntlich haben die freien Gewerkschaften den Spruch Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit für sich in Anspruch genommen. Wie es damit in der Wirklichkeit steht, davon haben Mitglieder des deutschen Bauarbeiterverbandes in Deutschland auf dem Kongress ein deutliches Bild gesehen: In der Nähe des Hauptbahnhofes werden eine Anzahl Ledentische gebaut. Hier arbeiteten am 1. Mai die dem christlichen Bauarbeiterverband angehörenden Arbeiter. Aus der Sitzung der freien Gewerkschaften ging auf das Gerüst und forderte die Arbeitenden in beiden Worten auf, die Arbeit einzustellen. Er wurde jedoch von dem anwesenden Arbeitgeber aufgefordert,

lesert die Baufelle zu verlassen. An der Hohenzollernstraße, wo zwei Arbeiter mit Quarzstein beschäftigt waren, drangen einige Teilnehmer des Tages ein und bewarfen die Arbeitenden mit Steinen. Ein Steingebäudearbeiter demnach schnell von unten konnte, wurde dadurch am Bein verletzt. Darunter zogen diese Freiheitskämpfer ab, mit der Bemerkung, wir kommen gleich wieder, und wenn ihr dann noch arbeitet, dann laßt ihr euch was. Die Arbeitenden haben es dann vorgezogen, um sich nicht weiteren Mißhandlungen auszuliefern, die Arbeit einzustellen. Es ist dieses Begehren für den Demagogen nach Freiheit der Meinungen. Oder sind die Herren Sozialisten, die selbst von sich behaupten, daß sie ihrem Zeitalter voran seien, auch hierin schon voraus? Anscheinend haben sie das demokratische Bewußtsein schon durchschritten und beginnen bereits wieder mit der Plutokratie à la Parisismus um die Jahrhundertwende!

Stuttareure und Püper

Köln, den 30. April gut besuchten Konferenz der Stuttareure und Püper des Bezirks wurde lebhaft die Einberufung der Konferenz begrüßt. Die wirtschaftlichen und beruflichen Interessen erfordern heute gebieterisch einen engeren Zusammenschluß der BerufsKollegen. Das Ergebnis der Konferenz ist im wesentlichen in nachstehender Entschliessung festgelegt:

Entschliessung:

Die am 30. April in Köln stattgefundene Konferenz der Stuttareure und Püper des Bezirkes Rheinland hält die Zusammenfassung der BerufsKollegen in Fachgruppen für unbedingt erforderlich zur Beseitigung der Konkurrenz der Berufsinteressen. In jeder Verwaltungsstelle sind Fachgruppen zu bilden, wo solche noch nicht bestehen. Zur Wahrung der besonderen wirtschaftlichen Interessen der Stuttareure und Püper erachtet die Konferenz als erstrebenswertes Ziel die Schaffung von möglichst einheitlichen Tarifverträgen auf breiter Grundlage. Da die Voraussetzungen für einen Reichstestamentvertrag zurzeit nicht gegeben sind, wird die Schaffung von Tarifverträgen nach allgemeinen Richtlinien gefordert, in Anlehnung an den Reichstestament für das Baugewerbe. Die Konferenz erachtet die Bezirksleitungen, die Verhandlungen zur Durchführung dieser Forderung zu treffen. Weiter werden die Bezirksleitungen und die Lokalverbände aufgefordert, dafür zu sorgen, daß alleseitig Forderungen an die Arbeitgeber auf diesbezügliche Verhandlungen gestellt werden. Der Lohn der Stuttareure und Püper soll prozentual höher sein, wie der der Maurer des betreffenden Landesgebietes. Akkordarbeit ist nur dort gestattet, wo sie bisher üblich ist. Die Akkordsätze sind auf die Arbeitsleistung anzubahnen unter Umrechnung auf die arbeitsfreie Arbeitszeit, und ein Grundlohn ist auf Grund des letzten Grundlohnes festzulegen, bei dem in Zukunft automatisch mit den neuen Stundenlöhnen wächst. Die Vergütung für auswärtige Arbeiten soll in Zweifelsfällen höher sein. Bei solchen Arbeiten, wo Nebenarbeiten erforderlich ist, muß mindestens der vierfache Stundenlohn bezahlt werden. Da zur Durchführung dieser Forderungen eine entsprechende Organisation erforderlich ist, fordert die Konferenz die BerufsKollegen auf alleseitig in eine intensive Agitation einzutreten zur Stärkung unseres Verbandes!

Aus der Arbeiterbewegung

Unternehmer-Internationale. Dem Vorbild der Arbeiter-Internationale folgend, haben jetzt auch die deutschen Arbeitgeberverbände internationale Verbindungen hergestellt. Bereits im Oktober-November 1921 fanden internationale Besprechungen der Unternehmer in Genf statt. Dort als deren Ergebnis erblieben die deutschen Arbeitgeberverbände die Auforderung, der internationalen Arbeitgeber-Organisation, die ihren Sitz in Brüssel hat, als Mitglied beizutreten. Der Vorstand der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat demgemäß beschlossen. Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Nordamerika gehören der Arbeitgeber-Internationale die Arbeitgeberverbände fast aller Industrie- und Kulturstaaten der Welt an. Schon vorher hatten wiederholt Vertreter wichtiger ausländischer Arbeitgeberverbände mit der deutschen Organisation Verbindungen angeknüpft, um über die Stärkung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland, namentlich des Betriebsratsgesetzes, sich unterrichten zu lassen.

Bau-Rundschau

Wohnungsbautätigkeit im Jahre 1921

Nach den vom Statistischen Reichsamt in seiner Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ mitgeteilten Ergebnissen der Bautätigkeit in 35 Großstädten sind im Kalenderjahre 1921 in diesen Gemeinden 1692 Wohnungsbauwerke errichtet worden. Gegenüber dem Vorjahre ist der Zugang an Wohngebäuden im Jahre 1921 um 1714 und gegenüber dem Jahre 1919 um 6162 höher. Die an sich nicht unbeträchtliche Zahl neuererrichteter Wohngebäude beruht im wesentlichen auf der größeren Tätigkeit im Mietbauwesen. Infolgedessen liegt die Zahl der neu bezugsfertigen Wohnungen nicht so hoch über der der errichteten Wohngebäude. Der Reinzugang an Wohnungen betrug im Kalenderjahre 1921 21275. Auf ein Wohngebäude entfielen demnach im Durchschnitt noch nicht ganz 3 Wohnungen. Der Gesamtzugang an Wohnungen war gegenüber dem Jahre 1920 um 2455 und gegenüber dem Jahre 1919 um 13061 größer. Den stärksten Zugang an Wohngebäuden haben die Städte Köln mit 122, Essen mit 93, Dortmund mit 681, Hamburg mit 531, Duisburg mit 99, Frankfurt a. M. mit 359, Bremen mit 304, Düsseldorf mit 258, Karlsruhe mit 243, Lübeck mit 240, Breslau mit 205, Bochum mit 202 und München mit 191 Wohngebäuden. Der

Reinzugang an Wohnungen war am höchsten in Köln mit 2667 und in Hamburg mit 2147, demnächst in Essen mit 1101, in Bremen mit 1203, in Dortmund mit 1134, in Breslau mit 450, in Dresden mit 944 (in nur 91 Wohngebäuden), in Frankfurt a. M. mit 864, in München mit 713, in Nürnberg mit 699, in Stuttgart mit 650 (in 61 Wohngebäuden), in Lübeck mit 616, in Düsseldorf mit 615, in Duisburg mit 536, in Leipzig mit 518 (in nur 48 Wohngebäuden), in Gelsenkirchen mit 469, in Bochum mit 415, in Kassel mit 410 (in 30 Wohngebäuden), und in Karlsruhe mit 399 Wohnungen. In Berlin betrug der Reinzugang von Wohnungen nicht mehr als 377 in nur 25 Wohngebäuden.

Auf die gemeinnützige Bautätigkeit entfielen von den im Jahre 1921 in Zugang gekommenen Wohngebäuden 6470 oder 81,1 v. H. Gegenüber dem Vorjahre hat die gemeinnützige Bautätigkeit 1921 Häuser, und die übrige Bautätigkeit 312 Häuser mehr errichtet. In Wohnungen wurden durch die gemeinnützige Bautätigkeit im Kalenderjahre 1921 12223 geschaffen, durch die übrige Bautätigkeit 9045 Wohnungen. Die Zunahme gegenüber der vorjährigen Wohnungsherstellung beträgt bei der gemeinnützigen Bautätigkeit 1813 Wohnungen oder 17,1 v. H., bei der übrigen Bautätigkeit 612 Wohnungen oder 7,3 v. H. Die Zahlen zeigen also, daß auch die freie Bautätigkeit sich wieder an der Herstellung von Wohnungen in stärkerem Maße zu beteiligen begonnen hat.

Gegenüber dem Jahre 1913, in dem 54703 Wohnungen neu geschaffen wurden, bedeutet das Ergebnis der gesamten Bautätigkeit im Jahre 1921 noch ein gewaltiges Zurückbleiben, und zwar um 61,1 v. H., das als um so schwerer wiegend zu beurteilen ist, als in den Vorjahren noch weniger und in den Kriegsjahren nahezu gar keine Wohnungen erbaut worden sind.

Die Zementpreise schon wieder erhöht

Eine Preiserhöhung jagt die andere. Während wir in der letzten Nummer erst die erhebliche Erhöhung vom 21. April meldeten, ist heute schon wieder eine neue Preissteigerung, und zwar gleich um 2600 M. d. h. ca. 25 Prozent (pro 10 T.) mit Wirkung vom 2. Mai eingetreten. Danach beträgt der Preis:

- a) Für Lieferungen an private Zementabnehmer: Höchstpreis 13 805 M.
- b) Im Gebiete des Rheinisch-Westfälischen Zementverbandes: Höchstpreis 13 263 M.
- c) Im Gebiete des Süddeutschen Zementverbandes: Höchstpreis 14 081 M.

Für den durch den Handel erfolgenden Kleinverkauf wird noch folgendes bestimmt: Falls über die in diesem Kleinhandelsverkehr zu den obigen Höchstpreisen zu erhebenden Zuschläge zwischen Verbrauchern und Händlerverbänden in den einzelnen Bezirken Vereinbarungen nicht zustande kommen, beträgt der Zuschlag: 1. Bei Abgabe bis zu 50 Säcken (je 50 Kilogramm Inhalt) nicht mehr als 30 v. H., 2. bis zu 100 Säcken nicht mehr als 20 v. H., 3. bis zu 199 Säcken nicht mehr als 10 v. H.

Innershalb der letzten zwei Monate nahmen die Preise folgende Entwicklung (für 10 T.):

Feuer Preis ab	Norddeutscher Verband	Rheinisch-westf. Verband	Süddeutscher Verband
4. März	9 283,- M.	8 942,- M.	9 430,- M.
1. April	10 135,-	9 395,-	10 413,-
21. April	11 203,-	10 643,-	11 481,-
2. Mai	13 803,-	13 263,-	14 081,-

Danach ergibt sich im Verlauf von knapp zwei Monaten eine 50prozentige Preiserhöhung, deren Notwendigkeit und Berechtigung in dieser Höhe mir jedenfalls ganz entschieden bestritten.

Bekanntmachung

Bezirk Oberschlesien

Auf Grund des § 10 der Verbandsstatuten findet am 25. Mai (Himmelfahrt), vormittags 11 Uhr, in Gleiwitz, im katholischen Vereinshaus, Döppelstr. 4, eine Bezirkskonferenz statt.

Tagesordnung:

- 1. Bericht vom Verbandstage,
 - 2. Ansprache,
 - 3. Wahl des Bezirksvorstandes,
 - 4. Verschiedenes.
- Die Delegierten haben sich durch Mitgliedsbuch auszuweisen.
- Die Bezirksleitung. J. A.: G. Nagold.

Sterbetafel.

Am 26. April starb unser langjähriges Mitglied, der Maurer Franz Gräbcke im Alter von 63 Jahren an Magenleiden.

Zahlsche Wiede-Kuhr.

Am 26. April starb unser lieber Kollege Josef Ritsche (Maurer) im Alter von 50 Jahren an Herzschlag

Verwaltungsstelle Berlin.

Am 27. April starb unser treuer Kollege, der Maurer Karl Herber aus Fegen im Alter von 44 Jahren an Gallenleiden.

Verwaltungsstelle Sries.

Ehre ihrem Andenken!